

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. dgl. an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 16.

Berlin, den 17. April 1910.

11. Jahrgang.

## Eine neue Einigungsaktion gescheitert.

Auf Veranlassung des Reichsamtes des Innern fand am 8. April unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrats Dr. Wiedfeldt eine vertrauliche Besprechung zwischen den Vertretern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und den Vertretern der Arbeiterorganisationen statt. Den Vorschlag Wiedfeldts, unter drei Unparteiischen zu verhandeln, lehnten die Arbeitgebervertreter ab, die Arbeitervertreter stimmten zu.

## Die Aussperrung beschlossen.

Nachdem die Einigungsaktion der Reichsregierung an dem Widerstande der Arbeitgeber gescheitert war, beschloß der Vorstand des Arbeitgeberbundes f. d. B. im Berliner Architektenhaus die Aussperrung. Dieselbe tritt am 15. April in Kraft.

## Der Einigungsversuch der Regierung.

Um die nachteiligen Folgen eines Kampfes im Baugewerbe zu verhüten, fand am 8. April auf Veranlassung des Reichsamtes des Innern eine vertrauliche Besprechung zwischen den Parteien im Reichstage statt. Dieselbe wurde vom Geheimen Regierungsrat Dr. Wiedfeldt geleitet. Erschienen waren aus 32 Mitgliedern bestehende Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, von unserem Verbandskollegen Wiedberg, Schmidt und Becker, von den übrigen Bauarbeiterverbänden Bömelburg, Behrend und Schröder.

Einleitend betonte Herr Geheimrat Dr. Wiedfeldt, es sei ein neuer Vorgang in Deutschland, daß sich die Staatsregierung in die Angelegenheiten zweier Parteien mische. In anderen Ländern sei das allerdings anders. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, die Parteien sollten ihre Streitfragen unter sich selbst austragen. Hier aber handle es sich um einen Ausnahmefall; es gelte, die schweren Folgen eines wirtschaftlichen Kampfes zu verhüten und die zarten Anfänge einer neuen Konjunktur nicht zu stören. Nicht die Presse und auch nicht die zahlreichen Telegramme aus Industriellen und anderen interessierten Kreisen an den Staatssekretär des Innern seien die Veranlassung zu dem Eingreifen der Regierung. Letztere sehe sich keineswegs aus Bürokraten und welfremden Männern zusammen. Die Reichsregierung handelte im Einklang mit der preussischen und bayerischen Staatsregierung. Er bitte dann die Parteien, möglichst wenig grundsätzliche Erklärungen abzugeben, dieselben lieber bis zum Schluss zu verschieben.

Herr Dr. Wiedfeldt stellt darauf die Anfrage an die Parteien, ob sie gewillt seien, unter drei Unparteiischen zu verhandeln. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes lehnt nach gesonderter Beratung den Vorschlag rundweg ab. Die Arbeitervertreter erklärten, keine definitive Antwort geben zu können, ohne mit ihren Hauptvorständen Rücksprache genommen zu haben. Sie persönlich seien jedoch mit dem Vorschlag Wiedfeldts einverstanden und glaubten dasselbe auch von ihren Kollegen.

Ueber die Anfrage Wiedfeldts, ob man nun gleich auseinandergelien wolle, oder ob über die Hauptstreitpunkte verhandelt werden könne, da nach einer eventuellen Einigung über diese doch noch die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu erwägen sei, beraten die Parteien geräuschlos. Als dann begann ein interessantes Spiel! Die Arbeitgebervertreter erklärten sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, fordern jedoch die Zurückziehung der von den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter beschlossenen Resolution, in der Verhandlungen lange für zwecklos erklärt werden, als der Arbeitgeberbund seine Dresdener Beschlüsse nicht aufhebt. Sie behaupten sich schärflich, die Schuld an einem Kampfe den Arbeitern zuzuschreiben. Es muß in ihr Gedächtnis zurückgerufen werden, daß es sich doch lediglich um die Forderungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe handelt, und daß sie mit ihrer Stellungnahme in Dresden die Beschlüsse der Arbeiterorganisationen geradezu provoziert haben. Keine einzige Forderung der Arbeiter ist zu ernsthaftem Streit Veranlassung gegeben. Der Frage, ob sie ihre Dresdener Beschlüsse zurückziehen wollen, weichen sie aus. Offensichtlich suchen sie das Kampffeld zu verschieben, um damit die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Verträgen und die Tarifbrüche der Arbeiter sollen dazu genötigt haben. Sie müssen sich sagen lassen, daß sie ihre eigenen Behauptungen mit der von ihnen in ihren Ortsverbänden vorgenommenen Umfrage über

die gemachten Erfahrungen mit den Tarifverträgen lügen strafen. Diese lauten bis auf einen verschwindenden Teil befriedigend. Und die Tarifbrüche des Arbeitgeberbundes? Endlich scheinen sie den rettenden Anker gefunden zu haben. Sie wollen vorher die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit behandeln und fragen, ob die Arbeiter den Beschluß des Arbeitgeberbundes von 1907, wonach die Arbeitszeit unter zehn Stunden nicht verkürzt werden darf, anerkennen. Das lehnen diese ab mit der Motivierung, daß bei zukünftigen Verhandlungen auch über die Arbeitszeit geredet werden müsse. Das sei durch den Beschluß des Bundes unmöglich gemacht. Nunmehr, da die Arbeiter den Unternehmern sich nicht ohne weiteres fügen, erklärten die Arbeitgebervertreter weitere Verhandlungen für zwecklos. Sie suchten ja nur einen Grund, um die Verhandlungen abbrechen zu können; andernfalls hätten sie sich mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts einverstanden erklärt.

Die Anfrage Wiedfeldts, ob die Parteien geneigt seien, weitere Vorschläge über die fünf Hauptstreitpunkte entgegenzunehmen, lehnten die Arbeitgeber rundweg ab. In höhnlichem Ton erklärte Busch (Stuttgart), vielleicht gäbe die spätere Zeit Gelegenheit dazu. Damit meinte er offenbar die Zeit, wann die Arbeiter durch die Aussperrung mirbe geworden seien.

Damit war die vertrauliche Besprechung beendet. Wie bei der Haltung des Bundes vorauszusehen war, ergebnislos.

Der Bundesvorstand ging sofort aus dem Reichstage in das Architektenhaus und beschloß die Aussperrung.

## Die Scharfmacher haben geliegt.

„Wir sind lange genug Amboß gewesen, wir wollen auch einmal Hammer sein.“ Diese Worte gebrauchte der 1. Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herr Baurat Jellisch, bei der vertraulichen Besprechung im Reichstage. Wie ein Blitz in finsterner Nacht beleuchtete diese Worte die Absichten des Arbeitgeberbundes. Die Kriegsstimmung spiegelte sich nur allzu deutlich auf einzelnen Gesichtern, die auch mit ihren Namen in den Kreisen der Bauarbeiter mehr als gewöhnlich bekannt sind, wieder. Eine nervöse Hast und Unruhe in den Worten und Gebärden, als könne der Moment kaum erwartet werden, wo man den Gegner winkend vor sich niedergestreckt sieht. Furcht, es könnten Vorschläge gemacht werden, die den Weg zum Kampf verhindern oder ihn erschweren. Im Rücken aber peitschen bereits die Wogen der öffentlichen Meinung, die das Vorgehen des Arbeitgeberbundes nicht begreift. Darum ein Haschen nach Entlastung, wenn sie auch künstlich erzeugt werden muß. Auch das wird nichts nützen. Wollte der Arbeitgeberbund den Kampf vermeiden, wäre es ihm ernst um den Frieden zu tun gewesen, mußte er die Vermittlung der Unparteiischen annehmen. Ohne Motivierung erfolgte die Ablehnung. Warum auch erst, wenn man den Kampf unter allen Umständen haben will? Hammer wollen die Herren sein, den Amboß sollen die Arbeiter abgeben, auf diese wollen sie draufschlagen. Sie mögen achtgeben, daß der Stiel zum Hammer nicht dabei in Stücke geht.

Wir wollen gerecht sein: Nicht alle führenden Personen im Arbeitgeberlager wollen den Kampf. Es sind auch verständige Männer darunter, die wissen, daß die Forderungen des Arbeitgeberbundes zu weit gehen. Sie sind auch klug genug, um zu sehen, daß derartige sich nicht durchführen läßt. Aber ihre Stimme kommt heute nicht zur Geltung — wir sagen heute, später wird sich das ändern —, die Scharfmacher haben Oberwasser. Die Stimme der Vernunft wird unterdrückt, selbst wenn's auf Kosten der Wahrheit geschieht. Herr Jellischer wird zu beweisen haben, daß in München keine Maurer unter 75 Pf. zu haben sind. Sollte das nicht zutreffen, würde die ganze moralische Verantwortung des jesigen Kampfes auf ihn zurückfallen, da er mit dieser Behauptung die letzte vorhandene Friedensstimmung im Vorstande des Arbeitgeberbundes niedergedrückt hat. Auch in Dresden gab er sich in echt scharfmacherischer Art. Er offenbarte, welche Absichten mit dem zentralen Vertragsabschluß verbunden sind. Der Öffentlichkeit dagegen wird in heuchlerischer Weise vorgebetet, es solle damit eine bessere Durchführung der Tarifverträge herbeigeführt werden. Es wird dafür gesorgt werden, daß die Pläne der Scharfmacher auch bis ins letzte Winkelchen befolgt werden.

Vom Reichstage gingen die Herren ins Berliner Architektenhaus, und noch am Abend gab der Draht die Meldung hinaus, daß die Aussperrung beschlossen sei. Endlich! Endlich ist das Ziel erreicht.

„Davor wir nicht siegreich eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen; eine solche Kraftprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland, aussperrern können, damit es mit den ungerechten Anforderungen ein Ende nimmt.“

Das sagte Herr Baurat Jellisch schon im Jahre 1899 auf der Bundesgeneralversammlung. Endlich ist es erreicht. Wie wohl muß es den Herren gewesen sein, als sie diesen Beschluß fassen konnten. Nur kann sich der Haß gegen die Arbeiterorganisationen ausleben. Warum auch verlangen diese die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes? Welchen Rechtsmittel machen sie dafür geltend? Diese Herren erkennen keinen an „Herren“ wollen sie sein.

„Die Arbeiter sind auch Menschen, und man kann es begreifen, daß sie sich mit allen Mitteln gegen diese Diktatur wenden.“

Diese Worte des Unternehmers Ganzlin aus Magdeburg auf der Dresdener Generalversammlung des Arbeitgeberbundes verhallten ungehört. Sie vertragen sich auch nicht mit dem Scharfmacherstandpunkt. Wie Herr Ganzlin hier ausgesprochen, so denkt auch noch mancher andere Unternehmer. Zumal die übergroße Mehrzahl gar kein Interesse an den vom Bundesvorstand aufgestellten Forderungen hat. Was kümmert den Unternehmer in kleineren und mittleren Städten der Arbeitsnachweis und die Affordarkeit? Nichts! Was kümmert sie der zentrale Vertragsabschluß, sowie die Einsetzung und Entlassung der Arbeiter durch den Arbeitgeberbund? Noch weniger, denn das bedeutet einen tiefen Eingriff in ihre persönliche Freiheit und in ihr Selbstbestimmungsrecht. Das müssen und die Scharfmacher im Baugewerbe, besonders die Erbsen der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriemagnaten, erst beweisen, daß sie ihre Kruppen für diese Forderungen ins Feld bekommen. Dazu sind die Realitäten des Lebens, und besonders die des gewerblichen, doch zu stark und zu hart. Und daß so mancher Bauunternehmer der Industriegewaltigen halber seine Existenz aufs Spiel setzen sollte — nein, so weit geht die Liebe nicht.

„Hammer wollen sie sein. Eine ungeheure Provokation der Arbeiterchaft. Wir wollten das nie sein, nur ein gerechter Ausgleich der Interessen ist unser Ziel. Sind die Herren sich samt und sonders der Verantwortung bewußt, die sie mit der Entfesselung eines Kriegenkampfes im Baugewerbe auf sich nehmen? Nicht alle sind es, aber diese haben heute die Oberhand. Das Auseinandergehen der Parteien im Reichstage hatte nichts Dramatisches an sich. Die höhnischen Worte des Herrn Busch (Stuttgart) bei der Ablehnung von weiteren Vorschlägen durch Herrn Dr. Wiedfeldt: vielleicht sei die spätere Zeit günstiger zu solchen, gaben der Situation einen niedrigen Stempel. Es gewährt ohnehin einen ungemein traurigen Anblick, Kinder eines Landes sich so bekämpfen zu sehen. Die Arbeitervertreter konnten mit Recht eine würdige Ruhe an den Tag legen.“

Die Herren wollen den Kampf. Gut, sie sollen ihn haben, die Arbeiterchaft des Baugewerbes weiß, worum es sich handelt, und wird ihn demgemäß führen. Wir erklären auch hier noch einmal, was bereits den Herren im Reichstage gesagt wurde: Was sie wollen, das bekommen sie nicht.

## Um was dreht sich der Kampf im Baugewerbe?

Die „Frankfurter Zeitung“ sagte in ihrer Nr. 97 von verflorenem Sonntag von den im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisierten Arbeitgebern: „Sie wollen eben nicht die Einigung, sondern sie wollen den Kampf, indem sie die verhassten Arbeiter-Organisationen zerschmettern zu können wännen. Daß dieser Kampf gegen die Menschenrechte der Arbeiter ein Verbrechen ist, beurteilt von der öffentlichen Meinung, noch ehe er begonnen wurde, das hindert sie nicht.“ Wie recht das Frankfurter Blatt hat, geht aus folgendem Revers hervor, den die organisierten Arbeitgeber des Kreises Westfälischen ihren Arbeitern zum Unterzeichnen vorlegen:

Hierdurch erkläre ich, daß ich weder Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter noch irgendeiner andern Organisation bin und nicht seit dem 1. April d. J. gewesen bin. Falls sich herausstellen sollte, daß diese meine Angabe auf Unwahrheit beruht, verpflichte ich mich, vom 15. April d. J. ab mit sechsstägiger Kündigung zu einem Stundenlohn von 30 Pf. zu arbeiten. Diese Verpflichtung hat rückwirkende Kraft mit der Maßgabe, daß ich etwa zu viel bezahlten Lohn zurückzahle oder mir einhalte lasse, falls sich meine Angabe später als unwahr herausstellen sollte. In meiner Gegenwart unterschrieben.

April 1910.

Die Siegener Zeitung „Das Volk“, die den Revers veröffentlicht, sagt dazu: „Wenn uns der obige Revers nicht gedruckt, also im Original, sondern nur abgeschrieben vorgelegt worden wäre, so würden wir dazu bemerkt haben: es ist absolut ungläublich, daß es Arbeitgeber gibt, die ihren Arbeitern ein solches Ansuchen zu

stellen wagen. Aber wir stehen leider vor der nackten Tatsache, daß so etwas noch nicht möglich ist.

Wir sind darüber nicht erstaunt, wir trauen den Herren noch viel mehr zu. Als bei den zentralen Verhandlungen im November v. J. die Frage gestellt wurde, ob der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit seinem Antrag, wonach Lohn- und Arbeitszeit im Tiefbau Gegenstand freier Vereinbarung sein soll, und auch mit keiner anderen Arbeitgeberorganisation eine Vereinbarung darüber, wie überhaupt nicht getroffen werden dürfte, etwa glaube, daß sich die Arbeiterorganisationen verbieten lassen, antwortete Herr Feuer, der zweite Vorsitzende des Bundes:

„Gewiß, das Recht haben wir uns an auf Grund der Stärke unserer Organisation, auf Grund unserer 22 000 Mitglieder, die circa 350 000 Arbeiter beschäftigen. Das ist das Recht, warum wir das vernichten, und sagt sind wir berechtigt.“

Das erklärt alles! Nicht das Recht, sondern die Macht entscheidet. Wer diesen Grundsatz aufstellt, muß zu Beschlüssen kommen, wie sie in Dresden gefaßt wurden.

Um so mehr wird die Bauarbeiterschaft für das Recht streiten. Keine Opfer werden ihr um diesen Kampfespreis zu hoch sein.

### Der Kampf im Baugewerbe und die öffentliche Meinung.

Das britische Verhalten des Arbeitgeberbundes in seiner Dresdener Generalversammlung und im Gegensatz dazu die zwar entscheidende, aber durchaus sachliche Haltung der Bauarbeiterverbände auf ihren Berliner Generalversammlungen, haben zu lebhaften Erörterungen in der gesamten Tagespresse geführt. Mit Ausnahme der ausgesprochenen Scharfmacherpresse haben fast alle Tageszeitungen das Verhalten der Arbeitgeber entschieden verurteilt. Wir lassen einige Pressstimmen folgen:

Die „M. N. Nachrichten“ schreiben über die Dresdener Beschlüsse des Arbeitgeberbundes:

„Gewiß ist das neue Vertragsmuster der Arbeitgeber in einigen Punkten den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen. Der behauptete Begriff des „tüchtigen“ Arbeiters auf die Lohnbemessung ist zu gefallen. Aber die starre Festsetzung des Behufsbudgets, die Begünstigung der Akkordarbeit u. a. m. sind besonders im Verein mit der Kellamierung der Arbeitsnachweise nach Ansicht der Arbeiter völlig unannehmbar. Die Dresdener Beschlüsse des Deutschen Arbeitgeberbundes haben die Lage noch verschärft.“

Die „Bosnische Zeitung“ bespricht in einem Artikel den Widerstand der Arbeiter gegen die tarifliche Anerkennung der von den Arbeitgebern eingerichteten und noch zu errichtenden Arbeitsnachweise, die „leicht zu Maßregelungsbureaus gegen unglückliche Verbandsmitglieder werden könnten“, und bemerkt dazu:

„Es müßten also vorerst Bürgschaften geschaffen werden, daß die Befürchtungen der organisierten Arbeiter in dieser Richtung grundlos wären. Bisherlich sehen die Unternehmer überhaupt von der Forderung eines einseitigen Arbeitsnachweises ab; hat sich doch der paritätische Arbeitsnachweis in anderen Gewerben sehr gut bewährt. Ebenso müßten Bürgschaften dafür geschaffen werden, daß die Akkorde nicht willkürlich — und weit unter dem Tarif — festgesetzt würden.“

Die „Bosnische Zeitung“ teilt mit, daß ihr die betreffende Aufschrift „von einer der maßgebendsten Persönlichkeiten des Berliner Baugewerbes, die zugleich eine führende Stellung im deutschen Baugewerbe einnimmt“, zugegangen sei. Der Artikel schreibt, der glaube, daß sich aller Voraussicht nach ein Kampf vermeiden lasse, ist inzwischen ja eines Besseren belehrt worden. Die Arbeitgeber lehnten am Freitag jedes Entgegenkommen ab.

In einem Berichte über die Generalversammlungen der Bauarbeiterverbände schreibt die „Germania“:

„Die Resolution, die gestern in der außerordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes Christlicher Bauarbeiter Deutschlands gefaßt worden ist, erklärt rund und klar, daß die Voraussetzung zur Weiterentwicklung der Tarifverträge nur darin liegt, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gleichberechtigte gewerbliche Kontrahenten anerkennen.“

Wir halten diese prinzipielle Forderung der Arbeitnehmer für durchaus gerechtfertigt, wenn wir auch auf die Einzelheiten der Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hier nicht näher eingehen wollen, und wir sind überzeugt, daß die öffentliche Meinung den Kampf der Arbeitnehmer im Baugewerbe ebenfalls als einen gerechten anerkennen und ihn um so eher unterstützen wird, als die Arbeiterorganisationen noch in letzter Stunde und trotz aller Kampfstimmung den Arbeitgeberverbänden die Hand zu Verständigungsversuchen gereicht haben. Wenn es trotzdem nicht zu einer Verständigung auf paritätischer Grundlage kommen sollte, wobei eine Einigung in Einzelfragen auch nicht gar zu schwer fallen dürfte, dann wird in dem weitläufig überwiegenden Teil des deutschen Volkes dem Arbeitgeberbunde die Verantwortung für diesen schweren Kampf aufgebürdet werden.“

Die „Tägliche Rundschau“ hat nach einer Betrachtung der bisherigen Verhandlungen zu dem Schluß:

„Vom Standpunkt des Sozialpolitikers gesehen, haben die Arbeitgeber in diesem Kampf eine moralisch nicht allzu hohe Stellung inne, weil ihr Bestreben zum guten Teil darauf ausgeht, Dinge, die sie tatsächlich schon zugestanden haben, Zugeständnisse, welche die Arbeiter schon als wohlverdiente Ertragsanteile ansehen, zurückzunehmen. Was vor zwei Jahren die Arbeiter behaupteten, was sie damals durchsetzen, das will man ihnen jetzt schmälern und wieder abgewinnen. In sozialpolitischen Dingen ist es aber, ähnlich wie in Wahlrechtsangelegenheiten, sehr gefährlich schon Gewonnenes wieder entziehen zu wollen. Ist es darum recht und billig, daß man sich jeden Schritt nach vornwärts geschäftlich überlegt, so sollte man erst recht nicht ohne zwingende Not einen Schritt nach rückwärts zurückgehen. Zweifellos liegt aber eine solche Tendenz nach rückwärts in den Dresdener Beschlüssen der Arbeitgeber, gegen die sich die Arbeiter... mit großer Bestigkeit... aber auch nicht ohne Grund wehren.“

Rupp und Har weiß die „Frankfurter Zeitung“ dem Arbeitgeberbunde nach, daß er den Kampf provoziert hat.

Es muß aber von allem Anfang an bezeugt werden, daß dies ein Kampf sein wird, den der Arbeitgeberbund gewollt hat, den er provoziert hat, um den Gewerkschaften einen empfindlichen, wenn mög-

lich einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt für die Beurteilung der ganzen Sache, es ist der Gesichtspunkt, unter dem sich die öffentliche Meinung, wenn sie gerecht sein will, stellen muß.

Schon im November mußte bei denen, die diese Sache verfolgten, die Ansicht entstehen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beabsichtige, eine Machtprobe mit den Gewerkschaften zu veranstalten.“

Bei den Vorverhandlungen habe der Arbeitgeberbund unerfüllbare Forderungen aufgestellt.

„Es ging aber daraus hervor, daß es dem Arbeitgeberverband, wenigstens zunächst, gar nicht um eine Einigung mit den Gewerkschaften zu tun war.“

Das Verlangen der Gewerkschaften, daß der Arbeitgeberbund seine Beschlüsse bezüglich der Arbeitszeit aufhebe, damit die Bahn für Verhandlungen frei sei, wäre berechtigt. Aber auch das lehnte der Arbeitgeberbund ab.

„Und so zeigt sich denn auch hier wieder, daß der Arbeitgeberbund die ganze Sache gar nicht auf Verhandlung und Verständigung angelegt hat. Es soll gekämpft werden, die Gewerkschaften sollen Siebe bekommen, damit sie einsehen, daß sie die Schwächeren seien. Das ist der Kern der Sache.“

Die „Frankfurter Zeitung“ erkennt auch an, daß die Arbeiter alles getan haben, um den Kampf zu vermeiden:

„Wer die Verhandlungen der Gewerkschaften gelesen hat, wird nicht bestreiten können, daß sie einen guten Eindruck machen und der Wunsch nach Frieden darin offen zum Ausdruck kam. Ausdrücklich ist auch gesagt worden, daß die Gewerkschaften, wenn dritte Personen an sie zur Vermittlung herantreten, unter annehmbaren Bedingungen für Verhandlungen immer zu haben seien.“

Gegenüber solchen gewichtigen Stimmen verschlägt es nichts, wenn einzelne Tageszeitungen versuchen, die Schuld an dem Kampfe den Arbeitern zuzuschreiben. Der „Kreuzzeitung“ kann schließlich nicht verheimlicht werden, daß sie die Maßnahmen der Unternehmer verteidigt, da sie dem industriellen und gewerblichen Arbeiterleben ziemlich fernsteht und ihr deshalb bei Beurteilung der Streitfragen leicht Trugschlüsse unterlaufen können.

Bedingungslos stellt sich die „Königliche Zeitung“ auf den Unternehmerstandpunkt. Das Blatt sagt es sogar fertig zu schreiben, daß bei dem Streite seitens der Unternehmer „Mäßigung“ sei, trotzdem ihm nicht unbekannt sein kann, daß die Arbeitgeber es sind, die alle Differenzpunkte, die vorhanden sind, geschaffen haben, denn die Arbeiter haben ja keine Forderungen gestellt.

Die öffentliche Meinung steht also mit wenigen Ausnahmen auf Seiten der Arbeiter. Daß die Arbeiterkraft so erheblichen Verschlechterungen, wie sie die Anträge der Arbeitgeber darstellen, ihre Zustimmung nicht geben konnte, ist für die Gewerkschaftler selbstverständlich. Immerhin ist es nicht ohne Bedeutung, wenn auch andere Kreise, auf Grund ihrer Beobachtungen, zur selben Schlussfolgerung kommen. Wir haben da noch einen Zeugen, den der Vorwurf, er bringe den Gewerkschaften zu viel Sympathie entgegen, gewiß nicht treffen wird. Es ist das Organ der katholischen Fachabteilungen, „Der Arbeiter“ (Sitz Berlin). In Nr. 15 kommt das Blatt nach Bekanntgabe der Arbeitgebervorschlüsse zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Das also ist die Unterlage zu neuen Tarifverträgen, durch deren Ausnahme allein der Friede im deutschen Baugewerbe gesichert werden soll. Jedem Einsichtigen muß ohne weiteres auffallen, daß die obengenannten Hauptdifferenzpunkte, falls sie angenommen werden, für die Arbeiter erhebliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen bringen. Deshalb ist es begreiflich, wenn sich die deutsche Bauarbeiterschaft gegen derartige Zumutungen der Arbeitgeber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wehrt.“

Wir ziehen also mit blankem Schilde in den Kampf, denn wenn sich die „Streitorganisationen“ irgendwie vergangen hätten, würde „Sitz Berlin“ das sicher festgestellt haben.

Nun zum Schluß noch eine Stimme, die zeigt, daß die Drahtzieher im gegenwärtigen Kampf an anderer Stelle sitzen, als mancher unserer Kollegen vermutet.

Die „Märkische Volkszeitung“ schreibt in Nr. 79 vom 8. April:

„Nach den Beschlüssen, die die Bauarbeiter auf ihren Sitzungen gefaßt haben, wird die Arbeiterkraft also den ihr aufgezwungenen Kampf zur Rettung ihrer Position aufnehmen. Die Regierung hat bereits eingesehen, daß es sehr ernst ist, sie hat eine Konferenz zu einem Einigungsversuch im Reichsamt des Innern einberufen. (Der Einigungsversuch ist an der Starrköpfigkeit des Arbeitgeberbundes gescheitert. D. N.) Es ist nach allem, was darüber zu erfahren ist, klar, daß die Schuld an dieser Zuspitzung der Gegensätze die Scharfmacher des Ruhrreviers tragen. Wie in Arbeiterkreisen erzählt wird, hat der Vertreter des Baugewerbes im Ruhrrevier, Fröh, auf der Dresdener Konferenz des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Neuerungen gefordert, die erkennen lassen, daß die Großindustrie der Eisen- und Montanindustrie diesen Kampf will. Herr Fröh hat sich dabei so unklar und herausfordernd ausgedrückt, daß das in den Kreisen der anwesenden Bauunternehmer sehr unliebsam bemerkt worden ist. Ein Teil der Unternehmer hat sich nach diesen Ausführungen gefragt, ob denn die Bauunternehmer dazu da seien, der Großindustrie und den Gegenwärtigen die Kassen aus dem Feuer zu holen. Natürlich war in Dresden an einen Widerspruch nicht zu denken, der einzige Opponent aus Magdeburg fand bei den Scharfmachern eine Aufnahme, daß die anderen, die weniger rücksichtslos gesonnen waren, ganz schweigen. Die Großindustrie will die Bauarbeiter in den Kampf treiben, weil sie von dem ansehenden hohen Stundenlohn der Bauarbeiter, der aber in der Praxis wegen der Mitterungsverhältnisse usw. doch nur einen bescheidenen Jahreslohn ergibt, eine ungünstige Einwirkung auf die Löhne der Eisen- und Bergarbeiter befürchtet. Aus diesem Grunde liegt es ihr daran, die Bauunternehmer durch einige von der Großindustrie abhängige Treiber, die sich schamlos im Hintergrund halten, in den Kampf treiben.“

Unsere Kollegen wissen jetzt, woher der Wind weht, sie werden um so eher verstehen, warum unsere Generalversammlung zu den gefaßten Beschlüssen kommen mußte.

### Der Aufmarsch des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Ohne erst den Beschluß des Bundesverbandes abzuwarten, sind einzelne Unterverbände des Arbeitgeberbundes dazu übergegangen, bereits nach dem 1. April ihren Arbeitern auf den 15. April zu kündigen. Offenbar handelt es sich um Einschüchterungsversuche, um auf die Generalversammlungen der Arbeiterorganisationen hinzuwirken. Man sollte daran denken, die Scharfmacher des rheinisch-westfälischen Gebiets. Ein von der

Kundgebung in Essen herausgegebenes Kündigungsformular lautet:

Da wegen Abschluß eines Tarifvertrages Differenzen zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, sehe... ich mich, wie uns, genötigt, Ihnen in aller Form zum Arbeitsluß auf Freitag, den 15. April dieses Jahres, zu kündigen.

Kommt bis dahin ein Vertragsabschluß zustande, ist die Kündigung hinfällig.

Die Kündigung wurde den Arbeitern überreicht in Baden, Borna und Umgebung, in Dortmund, Bochum, Essen, Müllheim, Münster i. W. und Umgebung, Barmen-Oberrhein sowie in einer Anzahl kleiner Orte. Gefürchtet wurden Knapp ein Drittel der Beschäftigten. Dasselbe traf Organisierte wie Unorganisierte.

In einer in Düsseldorf abgehaltenen Arbeitgeberversammlung, die nach Berichten der Tagespresse von über 1000 Personen besucht war, wurde für das rheinisch-westfälische Gebiet beschlossen, den Beschluß des Bundesverbandes durchzuführen. Wir sind wirklich neugierig, welche Vorbeeren Schmiedehaus und Fröh dabei ernten werden. Mit großen Worten allein ist es nicht getan. Sie müssen jetzt zeigen, was sie können. Und zudem muß sich Herr Fröh der Unterdrückung der Industrie auch würdig zeigen.

Den gleichen Beschluß faßten die Arbeitgeberverbände für Mecklenburg, Bremerhaven, Hannover, Breslau, der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband, der badische und bayerische Bauarbeiterverbände noch keine Nachrichten vor.

Berlin steht bis jetzt außerhalb der Aussperrung. Wie gesagt wird, mit Genehmigung des Bundes, was mindestens sonderbar klingt. Am Dienstag, den 12. April, haben weitere Verhandlungen stattgefunden, über deren Resultat noch nichts mitgeteilt werden konnte. Wird eine Einigung erzielt, bleibt Berlin vom Kampfe verschont.

In Oberschlesien dürfte es ebenfalls kaum zum Kampfe kommen. Die Parteien sind sich dort bereits einig, es fehlt nur die Zustimmung des Bundesvorstandes. Selbst wenn diese nicht erfolgt, wird es größere Differenzen nicht abgeben.

Ueber den Umfang des Kampfes lassen sich jetzt nur Vermutungen anstellen. Die geplante einheitliche Aussperrung über ganz Deutschland ist jetzt schon zu Wasser geworden. Es wird noch besser kommen.

Mögen unsere Mitglieder alle auf dem Posten sein und ihre Pflicht erfüllen. Besonders den Beschlüssen der Generalversammlung nachkommen. Dann können wir die Dinge ruhig an uns herantreten lassen.

### Erhöhungen der Beiträge.

Es überwiegt der Hauptkasse aus ihren Lokalkassennitteln die Zahlstellen Pippstadt 200 M., Paderborn (u. Arb.) 600 M., Paderborn (Zimmerer) 160 M., Lückten 600 M., Soest 200 M. Die Generalversammlungsbeschlüsse wurden in allen diesen Orten gutgeheißen. Die Zahlstelle Oliva beschloß die Erhebung eines Extrabeitrages von 2 M. für gelehrte und 1,50 M. für ungelernete Arbeiter. Die Zahlstelle Greven überwies der Hauptkasse 300 M.

Die Zahlstelle Greven beschloß für den Monat April einen wöchentlichen Extrabeitrag und zwar in der Höhe von 40 Pf. für Maurer und Zimmerer und 30 Pf. für Bauhilfsarbeiter.

### Protokoll der Besprechung zwischen dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und den Vertretern der baugewerblichen Arbeiterorganisation unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Dr. Wiedfeldt am 8. April im Reichstage.

Berlin, den 8. April 1910. Anwesend 39 Herren. Die vertrauliche Besprechung, zu der sich die in der beiliegenden Anwesenheitsliste bezeichneten Herren im Reichstagsgebäude eingefunden hatten, wurde um 2 Uhr 10 Minuten vom Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeldt eröffnet. Er legte kurz die Verhandlungsgegenstände und den Zweck dieser Besprechung dar und machte den Vorschlag, die Parteien möchten drei oder vier Unparteiische benennen, um, wie 1908, unter deren Leitung die Verhandlungen von neuem aufzunehmen und eine Vereinbarung zu erzielen.

Die Parteien beraten hierüber in getrennten Räumen. Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Bömelburg, M. d. R., für die Arbeiter folgende Erklärung ab:

Wir sind nicht imstande, heute endgültig zu erklären, ob wir mit dem Vorschlag einverstanden sind. Wir sind ja nur mit wenigen Personen hier und müssen daher unsere übrigen Kollegen in den Vorständen befragen. Aber wir, die wir hier anwesend sind, sind der Meinung, daß es zweckmäßig ist, wenn drei Unparteiische mit der Leitung beauftragt werden. Ich glaube auch sagen zu können, daß unsere übrigen Kollegen, wenn wir ihnen das vorschlagen, dann ebenfalls zustimmen werden.

Ramens der Arbeitgeber gibt Herr Baurat Felisch folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bedauert den Vorschlag auf Ernennung von drei Unparteiischen ablehnen zu müssen.

Der Vorsitzende macht nun den Vorschlag, die hier oder fünf Hauptfragepunkte in die Besprechung zu ziehen, um so hierüber zu einer Vereinbarung zu kommen. Die Parteien beiraten getrennt.

Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Baurat Felisch für die Arbeitgebervertreter die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich zu Verhandlungen über diese fünf Punkte bereit sind, daß sie aber zuvor verlangen, daß die Beschlüsse der Zentralverbände der Maurer- und Bauhilfsarbeiter ihre Resolution vom 6. d. M. aufheben, wonach sie ablehnen, auf Grund der Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes zu verhandeln. Ramens der Arbeitervertreter erklärt Herr Bömelburg, M. d. R., sie seien zu Verhandlungen über diese Punkte bereit; sobald sich die Arbeitgebervertreter bereit erklärten, über die Dresdener Beschlüsse verhandeln zu lassen, sei die Grundlage zu weiteren Verhandlungen gegeben.

Es entspiant sich nun eine längere Debatte über die Bedeutung dieser Resolutionen, über die Einsetzung der Arbeitgeberverbände in der Arbeit und Arbeitsnachweis usw., an der sich die Herren Fellisch, Bömelburg, Behrens, Joch, Enke, Jellmermeier und der Vorsitzende beteiligen. Der Vorsitzende stellt nun die Frage, ob über die fünf Hauptstreitpunkte verhandelt werden soll. Die Parteien beraten sich getrennt.

Nach Wiedereröffnung gibt Herr Baummeister Behrens-Hannover für die Arbeitgebervertreter folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Arbeitgeberbund ist einverstanden, daß in die Besprechung der einzelnen Streitfragen einzutreten wird. Es wird indessen gefordert, daß zunächst über den Kölner Beschluß, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, gesprochen wird, da in der Resolution der Arbeitnehmer dieses als Vorbedingung für die weitere Verhandlung zu einem Tarifmuster angeführt ist und erst die Bahn frei sein muß.

Für uns ist an diesem Kölner-Beschluß nichts zu ändern.

Namens der Arbeitnehmer erklärt Herr Bömelburg, M. A. M., sie seien bereit, diese Punkte heute zu besprechen; bei den künftigen Verhandlungen müsse aber auch der Weg hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung frei sein.

Herr Baummeister Busch beantragt Schluß der Besprechung hierüber; die Arbeitgeber müßten es ablehnen, über die fünf Punkte zu verhandeln, wenn nicht die Arbeitszeitfrage zuvor erledigt sei. Die Anwesenden sind damit einverstanden, nachdem der Vorsitzende erklärt hat, über die Frage der Arbeitszeit nicht mit verhandeln zu können.

Der Vorsitzende macht noch den Vorschlag, den Parteien seinerseits zu diesen fünf Punkten einen Ausgleichsvorschlag zu machen, den die Parteien ihren zuständigen Organen vorlegen sollten. Herr Busch hat, hieron Abstand zu nehmen; die Arbeitgebervertreter seien nicht mehr in der Lage, jetzt noch Vorschläge entgegenzunehmen; nach einigen Wochen werde dazu die Zeit günstiger sein. Von den Arbeitgebervertretern wird keine Erklärung abgegeben.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Besprechung zu dem angestrebten Ziele nicht geführt hat und schließt die Besprechung um 4 Uhr 35 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Mitglied.

Behrens. Ernst Noack. Th. Bömelburg. Fr. Schrader. J. Wiebeberg. Wulf. Behrendt.

### Rundschau.

Wer verteuert das Bauen? Welche Schichten unserer Bevölkerung sind der Meinung, daß die kolossalen Steigerungen der Mietpreise durch die etwas gestiegenen Löhne der Bauarbeiter hervorgerufen seien. Das ist natürlich grundfalsch, denn die Löhne machen immer nur einen geringen Prozentsatz der gesamten Bauausgabe aus. Einige Pfennige Lohn-erhöhung spielen also gar nicht die Rolle, die ihr gewöhnlich angedichtet wird. Da üben die Preise für Baumaterialien schon einen anderen Einfluß auf die Baukosten aus. Zu den vielen, in der letzten Zeit schon bekannt gewordenen Beispielen über den ungeheuren Wucher, der mit dem Baugrund getrieben wird, sei noch ein neues hinzugefügt. Die „Bauwelt“ bringt in Nr. 4 einen Bericht der „Berlinerischen Bodengesellschaft“. Nach dem Bericht erzielte die Gesellschaft im Jahre 1909 einen Reingewinn von rund 1270 000 M. Neben reichlichen Abschreibungen wurden an die Aktionäre 100% (hundert) Dividende verteilt. — Und dann will man den Bauarbeitern verwehren, eine der allgemeinen Forderung entsprechende Verbesserung ihres Einkommens anzustreben.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Sperret sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Hannover (Nachbeder), Sperre über die Firma Kust und die hannoversche Wohnungs-Gesellschaft, Köln, sperret sind die Arbeiter des Zwischenmeisters Kurtsbaum aus Bonn, Pyramont, Streit, Schleißheim b. München (Sperre über das Baugeschäft Christoff). Zugang ist fernzuhalten.

### Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 17. April der siebente Bogenbeitrag fällig ist.

#### Maurer.

Kugsburg. Der „Bauhilfsarbeiter“ beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit einigen von uns auf den 15. März in Augsburg und Umgebung arrangierten Versammlungen, die in dem Zweck einberufen worden seien, um die Unzufriedenheit der Mitglieder des roten Bauhilfsarbeiterverbandes mit ihren ungeliebten Wochenbeiträgen auszugleichen. Der Mann, der das „Bauhilfsarbeiter“ geschrieben, macht sich die Sache sehr leicht, denn Beweise für seine Behauptung bringt er nicht, kann auch nicht bringen. Der Mann denkt sich wohl das, daher ist er auch ein „Freidenker“. Man sollte uns doch verschonen mit solchen abernen Mäßen. Was nun die „Späßen“ verbauen können, das ist eine eigene Sache. Sie sind als gemeine Diebe bekannt, rangieren daher in der zweiten Klasse ihrer Gattung und sind frech und gemein. Wenn diese Späßen nicht verbannt werden können, was in der übrigen christlichen Vogelwelt üblich ist, ist das nicht verwunderlich. Über der Schreiber im „Bauhilfsarbeiter“ scheint sich besser darauf zu verstehen, wir überlassen daher gern diese Arbeit. — Im übrigen machen wir auch in Augsburg und Umgebung Fortschritte. Und je mehr man über uns hört und uns bekämpft, desto besser wird es für uns sein.

Blesen. Unsere Jahreshilfe hielt am 20. März eine ziemlich gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, erzielte er dem Kassierer das Wort zur Verteilung des Rundschau-Beitrages des Kollegen Kranz, in welchem die Kollegen auf die augenblickliche Lage hingewiesen und zu größter Opferwilligkeit aufgefordert werden. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, ebenfalls einen Extrabeitrag zu erheben. Kollege Helm machte den Vorschlag, daß wir trotz der niedrigen Löhne in Blesen nicht zurückstehen wollen und eine Extramarkte von 30 Pf. pro Woche bis auf weiteres zu erheben. Die Mitglieder stimmten dem einstimmig und mit Begeisterung zu. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die gehobene Arbeitszeit einzuhalten und kräftig an der Organisation mitzuarbeiten. Dann würden es die Unternehmer nicht so leicht haben, mit uns einen Kampf aufzunehmen. Darauf erfolgte mit dem üblichen Grusse der Versammlung.

Bredlau. Vom 30. März d. J. ab veranstaltet das Christliche Gewerkschaftskartell einen Arbeiterferientkursus. In dankenswerter Weise haben sich sieben Herren vom sozialen Studentenkursus bereit erklärt, diesen Ferientkurs abzuhalten. Er umfaßt Rechts- und Schreibwissenschaften, Rechnen, Stenographie, und Literatur. Unterrichtstage sind Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 8-10 Uhr abends jede Woche, vier Wochen lang. Wir möchten den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften diesen Kursus ganz besonders empfehlen und bitten, daß sie sich zahlreich an demselben beteiligen.

Bruchhausen. Da sich hier jetzt die Konjunktur hebt und eine ganze Anzahl Bauarbeiter beschäftigt sind, fand am Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Lokale Eard. Kaffeehaus, eine Versammlung statt, welche gut besucht war. Als Referent war der Kollege Kirchner, Oberhausen, erschienen. Selbiger eröffnete die Versammlung und nahm auf Beschluß der Kollegen die Vorstandswahl vor. Gewählt wurden, und zwar einstimmig: als 1. Vorsitzender: Leo Klisch, 2. Vorsitzender: Jos. Kügel, 1. Kassierer: Jos. Reibert, 2. Kassierer: Jos. Bauer, 1. Schriftführer: J. Schnell, 2. Schriftführer: J. Kreuzner, zu Neuloren die Kollegen J. Bloch und Ed. Gies. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen im Dienste der Agitation, sowie Organisation tätig zu sein. Nach diesem erteilte der Kollege Klisch dem Kollegen Kirchner das Wort zu seinen Ausführungen. Referent besprach die augenblickliche Situation im Baugewerbe, die Stellung des Arbeitgeberbundes und die Beschlüsse unserer stattgefundenen Generalversammlung in Berlin. Nach den Ausführungen des Referenten konnte man bei der Diskussion die Wahrnehmung machen, daß alle Anwesenden die Ausführungen des Kollegen Kirchner verstanden hatten. Von Kampfesmut, Idealismus, Disziplin und Opferwilligkeit waren die Kollegen besetzt, alle Diskussionsredner versprachen die Beschlüsse der Generalversammlung voll und ganz zur Durchführung zu bringen. Nachdem das Zahlen der Beiträge, sowie die Festschließung der nächsten Versammlung erledigt waren, schloß der Kollege Klisch mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation und auf den bevorstehenden Kampf die gut verlaufene Versammlung. Der Vorsitzende der Zahlstelle Bruchhausen, Kollege Leo Klisch wohnt Bahnhofstraße 12, der Kassierer Jos. Reibert wohnt Bahnhofstraße 6.

Dortmund. Eine sehr stark besuchte Versammlung der Maurer nahm am 7. April Stellung zu den gefaßten Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. und 5. April in Berlin. Die Delegierten erstatteten in eingehender Weise Bericht und begründeten unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die gefaßten Beschlüsse. Ein Diskussionsredner beantragte folgende Resolution zur Annahme zu bringen.

#### Resolution:

Die am 7. April im christl. Gewerkschaftshause tagende Mitglieder-Versammlung der Maurer, die von über 400 Kollegen besucht ist, erklärt sich mit den von der außerordentlichen Generalversammlung gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Versammlung hofft durch die getroffenen außerordentlichen Maßnahmen den uns ausgesetzten Kampf erfolgreich aufnehmen zu können. Die Versammlung spricht der Generalversammlung für ihre positive Arbeit den besten Dank aus, verpricht weiter fest hinter den Beschlüssen der Generalversammlung zu stehen und erwartet vom Zentralvorstand nur dann in Verhandlungen zu treten, wenn ein Vertragsminister zugrunde gelegt wird, das für die Arbeiter nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte enthält.

Diese Resolution wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband christl. Bauarbeiter wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Fulda. Am Sonntag, den 13. März, hielt die Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab mit der Tages-Ordnung: Jahresbericht, Vortrag des Kollegen Schleicher, Erhöhung der Beiträge, Einführung eines Verwaltungsstellenstatuts und Vorstandswahl. Kollege Stahl gab einen ausführlichen Bericht vom Jahr 1909. Er führte folgendes aus: Die Kollegen hatten besonders im ersten halben Jahre noch unter der schwebenden Krise zu leiden, so daß ein großer Teil der Kollegen arbeitslos war oder später erst Arbeitsgelegenheit fand. Die Verlesung der Bauhilfsarbeit trat erst im zweiten halben Jahr ein, die bis zum Eintritte der kalten Witterung anhält und so die Kollegen in großer Zahl Arbeit fanden, was sich auch im Verbandsleben bemerkbar machte. Leider gibt es hier noch eine große Zahl Bauarbeiter, die sich der gewerkschaftlichen Organisation entziehen, und so zugunsten der Arbeitgeber auf die Vorteile der Organisation verzichten. Im allgemeinen gestaltet sich die Agitation sehr schwierig und die Kollegen lassen sich noch viel zu viel einschüchtern durch die Unternehmer. Auch ein Teil der zuführenden Arbeitskräfte heimsten gern den erkämpften Lohn, wie man ihn hier mit Recht nennen kann, ein, aber zum Eintreten in den Verband lassen sie sich sehr schwer bewegen. Auch Schlichtmeister sind hier zu finden, hauptsächlich aus der Umgegend, die alle Arbeiter annehmen. Demgegenüber müssen sich die Kollegen noch mehr wie früher in den Dienst der Bewegung stellen, damit auf diesem Gebiete eine Besserung eintritt. Abgehalten wurden im letzten Jahre 41 Versammlungen, 6 Besprechungen, 5 Hausagitationen, 2 Vorstandssitzungen und 2 Konferenzen. Ferner wurde an 16 Sitzungen (Kartell und sozialer Austausch) teilgenommen und 9 Konferenzen, welche auswärtig stattfanden, besucht.

An sozialen Wahlen wurde die Vertreterwahl zur gemeinsamen Ortskrankenkasse, sowie Gewerkschaftswahl und die Vertreterwahl zur Unterverwaltungsbehörde für Arbeiterversicherung getätigt, welche auch Erfolg für die christlichen Gewerkschaften aufzuweisen hatten. An Postsendungen gingen ein 79 Briefe, 113 Karten, 33 Druckachen, 53 Pakete. Der Ausgang belief sich auf 106 Briefe, 104 Karten, 396 Druckachen, 5 Pakete und 14 Geldsendungen. In 5 Fällen wurden Schriftsätze für die Kollegen angefertigt. Die Mitgliederzahl am Jahreschluß mit 91 Neuaufnahmen, sowie nachgezählten und zugerechneten Kollegen belief sich auf 291. An Marken wurden verkauft: 91 Eintrittsmarken, 536 Stück à 35 Pf., 23 Stück à 40 Pf., 3142 Stück à 45 Pf., 463 Stück à 55 Pf., 188 Stück à 60 Pf., 1849 Stück Arbeitslosen, 8 Extramarken à 40 Pf., 105 Stück Lotomarken à 10 Pf. und 239 Stück Begleitmarken à 50 Pf. Die Einnahme der Zentrale belief sich auf 1889,22 M., die Ausgaben für Franken- und Sterbeunterstützung 353,30 M. Somit an die Zentrale gelangt in 1909 1535,92 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 747,95 M., abzüglich der Ausgaben bleibt Lokalkassenbestand für 1910 121,77 M. Das Inventar der Verwaltungsstelle stellt sich am Jahreschluß 1909 auf 182,50 M.

Nach der erfolgten Diskussion wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Dann hielt uns Kollege Schleicher, der früh abreisen mußte, einen sehr interessanten Vortrag betreffs des 10jährigen Bestehens der Verwaltungsstelle Fulda, deren Kämpfe und Entwicklung bis zum heutigen Tage, führte den Kollegen die Bedeutung der Beitragserhöhung vor Augen und ermahnte, für die Stärkung der

Kriegskasse zu sorgen. Einstimmig wurde beschlossen, die Beiträge um 10 Pf. pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Aufgabe der Kollegen ist es nun, auch Wort zu halten und für Durchführung zu sorgen. Auch wurde ein Verwaltungsstellenstatut festgelegt, wonach in den Zahlstellen aus Winterzahlstellen 5 Pf. der Einnahmen verbleiben und 10 Pf. an die Verwaltungsstellenklasse von den 15 Pf. der verbleibenden Gelder abzuführen sind. Weitere Ausgaben werden von der Verwaltungsstellenklasse bezahlt. Der seitherige Vorstand wurde mit einigen Änderungen wiedergewählt.

Es bliebe schließlich noch unser Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen zu besprechen, doch wollen wir im gegenwärtigen Moment davon Abstand nehmen. Der Artikelschreiber in Nr. 8 des „Grundstein“ wird zu gegebener Zeit seine Antwort erhalten. Die richtige Antwort auf solche scholle Angriffe ist, daß die Kollegen durch intensive Agitation die Indifferenten unserer Reihen zuführen. Zum Schluß sei noch hingewiesen auf die gefaßten Beschlüsse, damit dieselben zur Durchführung gelangen und jeder Kollege ein eifriger Agitator unserer guten Sache wird. Dann wird das Jahr 1910 Verbesserung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen sowie Verstärkung unserer Mitgliederzahl bringen.

Haltern. Zum ersten Male seit Gründung unserer Zahlstelle wollen wir unser Verbandsorgan in Anspruch nehmen. Am Sonntag, den 20. März, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Vorstandswahl. Gewählt wurden Kollege Busch zum ersten und Kollege Handrup zum zweiten Vorsitzenden; Kollege Giese zum ersten und Kollege Bruns zum zweiten Kassierer; Kollege Bankämper zum ersten und Kollege Trauz zum zweiten Schriftführer. Der zweite Punkt betraf die Erhebung eines Extrabeitrages. Derselbe wurde in Höhe von 2 M. einstimmig bewilligt. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für die Opferfreudigkeit und hat die Kollegen, den Vorstand in jeder Beziehung zu unterstützen. Kollegen von Haltern! Die Organisation hat euch in kurzer Zeit viele Vorteile verschafft. Zeigt euch dankbar dafür, indem ihr die Beiträge pünktlich bezahlt und dafür sorgt, daß auch der letzte Mann in den Verband hineinkommt. Leider haben wir einige unandere Kollegen, die jetzt dem Verband den Rücken gekehrt haben. Auch diesen rufe ich zu: Laßt alles Persönliche aus dem Spiel, denn die Zeiten sind wahrhaftig jetzt zu erretten! Und auch ihr Kollegen aus der Umgegend von Haltern, hinein in den Verband, wenn ihr Mitleid sein wollt, die auf der Höhe der Zeit stehen.

Kamp-Dintfort. Am Sonntag, den 3. April, nachm. 4 Uhr, fand im Lokal Bieger die regelmäßige Mitglieder-Versammlung unseres Verbandes statt. Derselbe war nur mäßig besucht; ein Teil unserer Kollegen dort wiegt sich in dem Gedanken, daß die Firmen auf der linken Rheinseite, hinter Mies, bei der eventuellen Aussperrung oder Lohnreduzierung den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes nicht nachkommen werden, und lehnen infolgedessen sorglos in den Tag hinein. Doch konnte in der Versammlung das Gegenteil bewiesen werden, denn die Firma Niedmann aus Bochum, welche in Dintfort eine Filiale errichtet hat, zahlt in diesem Frühjahr allen neu in Arbeit tretenden Maurern 2-3 Pf. pro Stunde weniger, und bei den Hilfsarbeitern macht es noch mehr aus. Bei der anderen an der Kolonie tätigen Baufirma, Koch & Breben aus Homberg, ist ein großer Teil Maurer und Hilfsarbeiter beschäftigt, welcher glaubt, durch seinen Indifferentismus vor aller Unbill geschützt zu sein. Alle Agitations- und Aufklärungsarbeit prallt an der stupiden Stumpfheit und Interesslosigkeit dieser Bauarbeiter ab. Ob diese Leute niemals einsehen, daß sie durch ihr Fernsehen der organisierten Arbeiterkraft in der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hindern sich im Wege stehen? Hat doch dieser Unternehmer uns im Jahre 1905 den besten Beweis seiner schamhaften Gesinnung gezeigt, war er es doch, der zuerst die Kriegstrommel rührte; ebenso hat er sich bei den Verhandlungen im Jahre 1908 als der alte Geizhals, der am liebsten die organisierten Bauarbeiter von der Baubühne verschwinden ließe. Die Firma hat ihre sämtlichen Kalküle in diesem Frühjahr auf einen Arbeitsstelle zusammengezogen, um bis zum 15. April mit ihren Arbeiten so weit fertig zu sein, daß die Entlassungen von Bauarbeitern, wie sie vor 14 Tagen schon von etwa 25 bis 35 erfolgte, gar nicht auffällig wird. Es steht zu erwarten, daß noch weitere Entlassungen folgen, bis auf den Stamm alter Arbeiter, und ob die nicht auch fliegen, wer kann es wissen? Alle anwesenden Kollegen waren der Ansicht, daß hier nur dauernde, angestrebte Agitation Wandel schaffen könne. Jeder einzelne muß seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen und unermüdet agitieren, um den die organisierte Bauarbeiterschaft hemmenden Indifferentismus zu beseitigen. Nachdem noch über die gegenwärtige Situation der Lohnbewegung berichtet und die während des Kampfes notwendigen Maßnahmen beraten worden war, fand die anregende Versammlung ihren Schluß.

Kirdorf i. E. Am 24. März fand im Grünen Baum eine Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Schleicher führte uns in längerer Rede den jetzigen Stand der Verhandlungen im Baugewerbe vor Augen. Im Anschluß daran gab er uns Beispiele von der Opferwilligkeit der Kollegen in anderen Zahlstellen. Der Beschluß des Hauptvorstandes, wonach sämtliche Beiträge um 10 Pf. zu erhöhen sind, wurde einstimmig angenommen. Es sind also im Monat März für Maurer 4 Stück 55-Pf.-Marken und eine 40-Pf.-Marke zu haben, sodann bis auf weiteres 65-Pf.-Marken. Der Vorsitzende bedauerte den schwachen Besuch der Versammlung und bemerkte, daß es gerade jetzt dringend notwendig sei, daß jeder Kollege genau über unsere Lage orientiert ist, handelt es sich doch um wichtige Lebensfragen für uns.

Marburg. Am Mittwoch, den 23. März, hielt unsere Verwaltungsstelle eine Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Schleicher erstattete über den Stand der augenblicklichen Tarifbewegung einen ausführlichen Bericht. Die Versammlung war sich einig, daß in Anbetracht dieser kritischen Situation außerordentliche Opfer gebracht werden müßten. Es wurde der Beschluß gefaßt, neben der Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Pf. noch einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben. Das zeigt, daß die Kollegen alles aufbieten werden, um den Schlag, den die Arbeitgeber gegen uns führen wollen, abzuwehren. Deshalb fordern wir nochmals alle Mitglieder der Verwaltungsstelle Marburg auf, nicht vor dem Extrabeitrag zurückzusicheren.

Münster. Am Donnerstag, den 24. März, fand hier eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Servatiusplatz statt, die von 550 bis 600 Kollegen besucht war. Kollege Müller erstattete den Bericht von den letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund und wies dann auf den Ernst der Situation hin, die große Einigkeit, Solidarität und Opferwilligkeit erfordere. Er gab dann noch einige Winke für die nächste Zeit und schloß mit dem Wunsch, auch hier zu zeigen, daß die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen mit der größten Energie zurückgewiesen werden. Die Diskussion bewegte sich in zunehmendem Maße, und wurde nachher beschlossen, für gelehrte Arbeiter 2 M. für ungelernete 1,50 M. Extrabeitrag bis 15. April zu zahlen. Somit haben die Kollegen bewiesen, daß auch sie im bevorstehenden Kampfe um Erhaltung der schon erworbenen Rechte sich nicht feige brücken, sondern in den ersten Kampfritten stehen wollen. Am zweiten Oftertage hat die Generalversammlung der Kohlenverkaufsstelle einstimmig beschlossen, sich mit dem Vorstand des christlichen Gewerkschaftskartells sowie des Bauarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen, um eine Summe von 500 M. dem Kampffonds der christlichen Bauarbeiter zu überreichen. Auch die anderen christlich organisierten

sterten Arbeiter haben sich schon jetzt bereit erklärt, durch freiwillige Beiträge uns zu unterstützen.

Mörs. Am Sonntag, den 3. April, vorm. 11 Uhr, fand im Lokale Wessels unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorstandswahl, 2. Vortrag über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe, 3. Verschiedenes. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Laubele, als 2. Kollege Druschel, als 1. Kassierer Kollege Maifka, als 2. Kollege Wellinger, als 1. Schriftführer Kollege Druschel, als 2. Kollege Wellinger, und als Revisoren die Kollegen Tenbele und Pfell gewählt. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen, tatkräftig im Sinne des Verbandes zu arbeiten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und der Stand unserer Lohnbewegung, nahm Kollege Schilling das Wort. In kurzen Zügen kennzeichnete er die Stellung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, insbesondere der rheinisch-westfälischen Bauämter, welche sich als die größten Schanzmacher gebärden, sowie das an die Bauarbeiterorganisationen gestellte Ultimatum der Dresdener Hauptversammlung der Arbeitgeber, welches für uns unannehmbar sei. Der Kampf sei als unvermeidlich anzusehen. Die Maßnahmen der Unternehmer, wie die Kündigungsvornahme, sowie die Anschläge in einzelnen Geschäften, daß am 15. d. Mts. der Lohn um 2 Pf. reduziert werde, seien die sichersten Zeichen des nahen Kampfes. Redner forderte die Kollegen auf, bei dem kommenden Kampfe die größte Einigkeit und strengste Disziplin zu wahren. Allen Anweisungen sei strengste Folge zu leisten. Nur dadurch können und müssen wir siegen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde betont, daß die Mitgliederversammlungen regelmäßig alle 14 Tage, vorm. 11 Uhr, stattfinden, und die Kollegen alle pünktlich erscheinen möchten. Zum Schluß wurde betont, daß die Kollegen die größte Opferwilligkeit zeigen und ihre Beiträge pünktlich zahlen müßten, nur dann sei die Organisation in der Lage, die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen. Die An- und Abmeldungen nimmt Kollege Maifka, Mörs, Niesenstraße 9, entgegen. Mögen die Kollegen auch hierin Pünktlichkeit zeigen.

Schneidemühl. Am 7. April fand im Lokale bei der Witwe Krause eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt. Kollege Müller referierte über die Beschlässe des deutschen Arbeitgeberbundes und berichtete ausführlich über die Stellung, welche der christliche Bauarbeiterverband in seiner 6. Generalversammlung dazu genommen hat. Einstimmig wurde mit brausendem Beifall folgende Resolution angenommen: „Die am 7. April in Schneidemühl in dem Lokale der Witwe Krause tagende öffentliche Versammlung christlicher Bauarbeiter erklärt sich mit den Beschlässen der 6. Generalversammlung einverstanden und verspricht mit allen Mitteln an deren Durchführung zu arbeiten. Die Verarmungsteilnehmer bebauern, daß durch das Ultimatum des Arbeitgeberbundes eine friedliche Verständigung gescheitert ist, wo im Falle einer Auspörrung Tausende von Bauarbeitern nebst ihren Familien in große Not gestossen, ebenfalls der gesamten Geschäftswelt ein erheblicher Schaden zugefügt wird. Mit Genugtuung nimmt die Versammlung Kenntnis, daß bei der Generalversammlung von allen Rednern klar hervorgehoben worden ist, daß die Arbeitnehmer-Organisationen sich auf den Boden des Tarifvertrages stellen und jederzeit zu Verhandlungen bereit sind, wenn die Arbeitgeber ihre unannehmbaren Beschlässe zurückziehen und den Organisationen der Bauarbeiter volle Gleichberechtigung im Tarifvertrage sichern.“ Bittere Klage wurde von einigen Disziplinrednern geführt, daß die Arbeitgeber ihre Arbeiter durch vorgelegte Reverte zwingen, aus der Organisation auszutreten. Doch die Stimmung war gut, ein Redner empfahl, die ersten 3 Wochen auf die Unterstützung zu verzichten, damit wir nicht unterliegen, sondern als Sieger hervorgehen.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes hielt am 21. und 22. März in Düsseldorf seine übliche Frühjahrssitzung ab. In den beiden Tagen wurde eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung erledigt, aus der die folgenden hauptsächlichsten Punkte hervorgehoben seien:

1. Bericht des Vorstandes. In einem eingehenden Referat wurde derselbe vom Kollegen Stegerwald erstattet. Gegenüber der nach Erledigung der Reichsfinanzreform einschneidenden sozialdemokratischen Hege gegen die christlichen Gewerkschaften sind diese nicht untätig geblieben. Das „Zentralblatt“ brachte eine Reihe aufklärerischer Artikel. Dem Zwecke der Aufklärung dienten weitere Konferenzen und größere Versammlungen. Endlich führte das in einer Majennaufgabe hergestellte Schriftchen: „Der große Arbeiterbetrug der Sozialdemokratie“ in wirksamster Weise die ganze Hege auf ihren wahren Wert zurück. Der gegen Ende vorigen Jahres erfolgte neue Vorstoß der katholischen Parteiführer ist bereits durch eine Sondernummer der „Eichdrücker Arbeiterzeitung“ seitens der westdeutschen katholischen Arbeitervereine paralytisch worden. Auch die christlichen Gewerkschaften waren nicht untätig. In dem Abwehrkampf gegen die einseitigen Arbeitsnachweise der Unternehmer standen die christlichen Gewerkschaften in der ersten Reihe. Die von ihnen besorgte Broschüre über die Praxis des Unternehmer-Nachweises in Mannheim-Ludwigshafen bot den Reizangeboten für das parlamentarische Vorgehen im Reich sowohl wie in verschiedenen Bundesstaaten. Den schmerzhaften Unternehmerrufen werden die christlichen Gewerkschaften immer unabweisbarer. Dieser Ruf wäre eine rein revolutionäre Arbeiterbewegung sehr erwünscht. Mit einer solchen Wunde sie viel eher fertig werden - unter Umständen mit Hilfe staatlicher Machtmittel. In neuerer Zeit richteten die Getreuen des Schanzmachertums wieder heftige Angriffe verlesender und denunziatorischer Inhalts gegen die christlichen Gewerkschaften. Beweise dafür sind die bekannten Artikel von Dr. Hugo und Dr. Graben. Die christlichen Gewerkschaften werden nötigenfalls in der breiten Öffentlichkeit die Motive dieses Vorgehens aufdecken. Die Tarifbewegungen im Maler- und Holzgewerbe sind unter Mitwirkung der betreffenden christlichen Verbände friedlich zu Ende geführt worden. Schlimmer liegt die Situation im Baugewerbe, wo die Arbeitgeber durch hartes Festhalten an offensichtlich schlechteren im Vertragseinstwurf den Frieden aus höchster Gefahr. Der Ausschuss bringt zum Ausdruck, daß im gegebenen Falle der christliche Bauarbeiterverband nach jeder Richtung die tatkräftigste Unterstützung der Gesamtbewegung finden soll. Die für die nächste Zeit zu ergreifenden agitatorischen Maßnahmen wurden eingehend besprochen. Dabei wurde der feste Wille kundgegeben, in der nunmehr wiederkehrenden Periode der Belebung der Wirtschaftslage die Bewegung weiter nimmerich zu stärken. Die häufigere Herausgabe von aufläuternden Flugblättern wurde empfohlen. In Zukunft soll den systematischen Angriffen der gegnerischen Presse größere Aufmerksamkeit und systematischer Widerlegung gewidmet werden. Das „Zentralblatt“ soll der gewerkschaftliche, literarische und ausländische Rundschau, sowie je eine solche sozialpolitische und volkswirtschaftliche Charaktere enthalten. Das bayerische Sekretariat des Gesamtverbandes soll aus wichtigen Gründen vor der Hand noch nicht aufgehoben werden.

2. Jahresbericht des Gesamtverbandes. Der Jahresetat wurde nach einigen erklärenden Bemerkungen genehmigt.

3. Handhabung und Verwaltung von Kapitalen. Über dieses Thema referierte Kollege Schiffer. Bezüglich der Anlage der gewerkschaftlichen Gelder wurden drei Grundzüge in den Vordergrund gestellt, und zwar: 1. absolut sichere Anlage, 2. die Anlage bergeht, daß trotzdem im Ernstfalle das Geld schnell zu erreichen ist, 3. unter Anwendung der nötigen Vorsicht Erzielung eines möglichst hohen Zinsfußes. Für eine Verwendung der Kapitalen in diesem Sinne wurden entsprechende praktische Hinweise gegeben.

4. Ueber Stand und Tendenz der heutigen Jugendorganisation nach der Ausrichtung orientierende Referate entgegen.

5. Agitation unter den Arbeiterinnen. Bei diesem Punkt wurde zurückgegriffen auf die entsprechenden Zeitsätze des Dresdener Kongresses (1906). Denselben soll erhöhte Beachtung geschenkt werden. Des Weiteren wird eine spätere Konferenz der direkt interessierten Verbände in Gemeinschaft mit dem Vorstande des Gesamtverbandes der Arbeiterinnenfrage näher treten.

6. Die Aufgaben der Arbeitervertreter in der sozialen Gesetzgebung. Das Referat hierzu wurde vom Kollegen Beder-Vorländer erstattet. Es wurde zunächst erörtert, wie in den einzelnen Zweigen der sozialen Gesetzgebung eine fruchtbringende Arbeit sich ermöglichen läßt und weiter, welche Aufgaben die Gewerkschaften gegenüber diesen Einrichtungen haben. Vor allem sollen die Arbeitervertretervereine mehr wie bisher gepflegt werden.

7. Die Gewerkschaftspresse. In Anwesenheit fast sämtlicher Gewerkschaftsredakteure wurde eingehend über die weitere Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse in Fragen inhaltlicher und technischer Natur beraten. In den letzten Jahren hat die christliche Gewerkschaftspresse erfreuliche Fortschritte gemacht. Auch in der Zukunft soll ihr das größte Augenmerk zugewandt werden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde ergänzt durch die Wahl des Kollegen Gutsche (Eisenbahner) an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Wehger.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Deutschlands auswärtiger Handel im Jahre 1909. Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Dezemberhefte 1909 der Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im abgelaufenen Jahre im Spezialhandel: 1. Einfuhr 62 993 268 Tonnen und 1 541 784 Stück, worunter 1 419 128 Tonnen, 121 947 Pferde usw., gegen 60 525 856 Tonnen und 1 596 389 Stück, worunter 1 476 090 Tonne, 119 615 Pferde usw., im Jahre 1908. 2. Die Ausfuhr 48 794 204 Tonnen und 370 429 Stück, worunter 362 801 Tonne, 7141 Pferde usw., gegen 45 879 544 Tonne und 425 236 Stück, worunter 418 122 Tonne, 6536 Pferde usw., im Jahre 1908. 3. Der Wert der Einfuhr ohne Edelmetalle 8213,6 gegen 7664 Millionen im Vorjahre, der Wert der eingeführten Edelmetalle 833,9 gegen 418,1 Millionen Mark im Vorjahre. 4. Der Wert der Ausfuhr ohne Edelmetalle 6680,8 gegen 6398,8 Millionen Mark, der Wert der ausgeführten Edelmetalle 267,0 gegen 82,9 Millionen Mark im Vorjahre. Der reine Warenverkehr machte also im Jahre 1909 aus 14 894,4 Mill. Mark gegen 14 062,8 Millionen Mark im Vorjahre. Die Besserung belief sich auf 831,6 Millionen Mark. Immerhin blieb das abgelaufene Jahr gegen 1907 um 897,5 Millionen Mark zurück. Der größte Teil der Wertzunahme entfällt in der Einfuhr auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft usw. (+ 384,1 Millionen Mark), ferner fast 104 Millionen Mark auf verarbeitete Spinnstoffe und Waren daraus. Außerdem sind an dem Aufschwunge besonders chemische Erzeugnisse, mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle, Leder und Ledervaren, Kürschnerwaren beteiligt. An der Belebung der Ausfuhr sind gleichfalls hauptsächlich chemische Erzeugnisse der Landwirtschaft usw. beteiligt (+ 126,4 Millionen Mark), ferner unedle Metalle und Waren daraus, Leder und Ledervaren, Kürschnerwaren u. a.

Die Berufsgenossenschaften im Jahre 1908. Die Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften erstreckt sich auf 114 Berufsgenossenschaften (66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche), auf 540 Ausführungsbehörden (209 staatliche und 331 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden) und auf 14 Versicherungsanstalten, von welchen 12 den Baugewerks-Berufsgenossenschaften, 1 der Tiefbau-Berufsgenossenschaft und 1 der Seebau-Berufsgenossenschaft angegliedert sind. Im Jahre 1908 sind bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen 27 047 123 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen. In der letztgenannten Zahl dürften an 3,4 Millionen Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren. An Entschädigungsbeträgen (ohne die Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit) sind 1908 zusammen 157 062 870 Mark (gegen 150 325 291 Mark im Vorjahre) gezahlt. Von der Bestimmung, nach welcher Verletzte mit einer Erwerbunsfähigkeit von 15 p. h. und weniger auf ihren Antrag durch Kapitalzahlungen abgefunden werden können, haben die Genossenschaften usw. in 5008 Fällen Gebrauch gemacht. Der hierfür aufgewendete Betrag stellt sich auf 1 648 920 Mark. 1407 Verletzte (gegen 1270 im Vorjahre) haben im Rechnungsjahre wegen Hilflosigkeit eine höhere Rente als 66 2/3 p. h. ihres Jahresarbeitsverdienstes (die gesetzliche Rente) bezogen. Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge (Renten usw.) belief sich im Jahre 1908 auf 157 Millionen Mark. Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1908 zum erstmaligen Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 142 965 (gegen 144 703 im Vorjahre). Hier von hatten 9836 den Tod und 1160 eine mutmaßlich dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. An 20 544 Hinterbliebenen Getöteter wurde im Rechnungsjahre zum erstmaligen eine Rente gezahlt. Als Gesamtsumme werden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 147 671 031 Mark (gegen 140 547 596 Mark im Vorjahre) und von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 39 877 920 Mark (gegen 38 916 819 Mark im Vorjahre), zusammen 187 548 951 Mark, nachgewiesen. Die Gesamtausgaben der 540 Ausführungsbehörden haben sich auf 12 863 366 Mark, die der 14 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der Seebau-Berufsgenossenschaft auf 2 644 319 Mark belaufen. Die Bestände der bis zum Schluß des Rechnungsjahres angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen 273 860 916 Mark, zu denen noch 5 999 765 Mark rückständige Einlagen kommen. Die Versicherungsanstalten haben als Reservefonds 1 390 943 Mark zurückgelegt. An sonstigem Vermögen einschließlich der noch ausstehenden Beiträge usw. werden für die Berufsgenossenschaften 39 281 058 Mark, für die Versicherungsanstalten 12 953 851 Mark nachgewiesen.

Für Wohnungsfürsorgebestrebungen waren von den Trägern der Invalidenversicherung Ende 1909 insgesamt 280,5 Mill. Mark ausgegeben. Der größte Teil davon fiel auf die Rheinprovinz mit 50,5 Millionen Mark. Ihr folgte mit 31,2 Millionen Mark Hannover, 27,9 Millionen Mark Westfalen, 20,9 Millionen Mark Königreich Sachsen, 20,2 Millionen Mark Baden, 15,4 Mill. Mark Bismarck und 12,4 Millionen Mark Hessen-Kassel. Von den angelassenen Kasseneinrichtungen hatte die Pensionskasse für die Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft 13,1 Mill. Mark hergegeben. Die entsprechenden Ausgaben aller übrigen Versicherungsanstalten bewegten sich unter 10 Millionen Mark. Am wenigsten, nämlich noch nicht 150 000 Mark, hatte die Versicherungsanstalt Mecklenburg für die Wohnungsfürsorgebestrebungen hergegeben. Nebenbei waren von den fraglichen Geldern Ende

1909 insgesamt 30,6 Millionen Mark zurückgezahlt, so daß Bestand der für den genannten Zweck gehaltenen Gelder sich 249,9 Millionen Mark belief.

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf. Bei der Firma Gebr. Schaaf wurde am 6. März der Maurer Gustav Basser mann nicht unerheblich an der linken Hand verletzt. Geblitzt wurde an dem Neubau Frauenberg-Dorotheenstraße, die Fundamente des Heizkessels zu unterfangen. Ein Stück Zementmauerwerk löste sich los und fiel dem Arbeiter so unglücklich auf die Hand, so daß der Daumen gebrochen wurde. — Ebenso fiel am 6. April der Hilfsarbeiter Heinrich Brangers bei der Firma Wentz, Jülicher Straße, im Treppenhause, so daß er Arm- und Beinabschürfungen davontrug. Der Geröll lag parterre und muß beim Aufschlagen der Treppen ebenfalls ein Beil gebrochen sein.

In Veitshagen am letzten Mittwoch ein Lettergerüst, zur Bormahme von Ausbesserungsarbeiten an einem zweistöckigen Hinterhaus aufgestellt war, zusammen. Die vier auf dem Gerüst beschäftigten Arbeiter fielen mit ab. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Wie die Tagespresse meldet, ist das Unglück dadurch verursacht, daß die sogenannten Fensterverleisungen nicht angebracht waren.

Literarisches.

Mauerwerks-Untersuchungen von Prof. Hermann Gerning, Ingenieur, Oberlehrer an der Königl. Baugewerkschule. Teil I. Text. 68 S., geb. Teil II: Tafeln. 38 Tafeln, geb. Preis zusammen 6 Mk. — Hat schon Gernings Erfindungsgeist, „Mörteluntersuchungen“, infolge seiner Gründlichkeit und Reichhaltigkeit uneingeschränkte Anerkennung gefunden, so verdient die jetzt vorliegende Fortsetzung, die „Mauerwerksuntersuchungen“, in ihrer Art als bahnbrechend bezeichnet zu werden. Wer sich in der Zwangslage gesehen hat, nach Literatur über die Festigkeitsverhältnisse des Mauerwerks zu suchen, der wird den schreienden Mangel nach einer zielbewußten Veranschaulichung auf Grund eines umfassenden Planes bitter empfunden haben. Diese Lücke ist nun ausgefüllt; der Verfasser, der als Oberlehrer an der Königl. Baugewerkschule in Frankfurt a. M. wirkt, hat, mit derselben zähen Ausdauer wie bei seinen Mörteleben, das Mauerwerk untersucht und kommt dabei zu Ergebnissen und Schlüssen, die berechtigtes Aufsehen erregen dürften. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die heitere Unbefangtheit, mit der Gerning überlieferte Zahlen, verbrieft Weisheiten unter die Sonde nimmt, oder die rührige Fröhlichkeit, mit der er als wahrer Ingenieur unbekanntere Wege einschlägt, um seinem Ziele näher zu kommen. So greift er, an die Prüfungsmaschine in ihrem Kraftbereiche und ihrer Spannweite nicht mehr ausreicht, zu Modellversuchen. Die Darstellung ist knapp, ohne dadurch an Flüssigkeit und Anschaulichkeit einzubüßen; übersichtliche graphische Tafeln kommen dem Verständnis außerordentlich zu Hilfe. Das Buch sei allen Bautechnischen, Statikern usw. warm empfohlen; auch beim Unterrichte wird es nützbringende Dienste leisten.

Die deutschen technischen Fachschulen. 7. Aufl. (Deutschschulwesen. Herausgegeben von E. Malcom L. Zell.) Verlag von Otto Dreger, Berlin W 57. Preis 2 Mk. — Gerade rechtzeitig vor dem Beginn des Wintersemesters erscheint eine neue verbesserte und erweiterte Ausgabe dieses längst zu einem vertrauten Ratgeber gewordenen Buches. Das selbe enthält authentische Angaben über die Einrichtungen, Beschle, Aufnahmebedingungen, Unterrichts- und sonstige Kostenberechtigungen — kurz über alles das, was jedem zu wissen erwünscht ist, der die Absicht hat, eine Fachschule zu besuchen oder in die Lage kommt, sich über die einschlägigen Verhältnisse orientieren zu müssen. Ein besonderes Interesse daran haben naturgemäß die Angehörigen der technischen Branchen aller Art, wo die technischen Fachschulen doch die Grundlage für eine sorgfältige Durchbildung der technischen Hilfskräfte bilden und so den zahlreichen industriellen Betrieben tüchtige Mitarbeiter vermitteln. Deshalb werden auch die Direktoren und Leiter technischer Betriebe im eigenen Interesse handeln, wenn sie alle ihre Angestellten mit den Schulverhältnissen vertraut machen und dadurch darauf hinweisen, daß der Nachwuchs sich die bestehenden vorteilhaftesten Einrichtungen zunutze macht. Gibt es doch z. B. eine große Anzahl hervorragender Institute, in denen junge Leute, die nicht die Mittel zum regulären Besuch besitzen, ohne oder nur für geringe Kosten selbst ohne Beeinträchtigung ihrer Arbeitszeit eine vollständige Ausbildung genießen können. Das mit großer Sorgfalt bearbeitete Buch enthält die Maschinenbau-, Baugewerks-, Navigations- und sonstigen technischen Fachschulen aller Art, sowohl die staatlichen und städtischen wie die Privat-Anstalten in Deutschland, den deutschen staatlichen Institute Oesterreichs und der Schweiz.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 43 133, lautend auf Wilhelm Herstelle von der Zahlstelle Marten; die Buch-Nr. 55 617, lautend auf Wilh. Günther von der Zahlstelle Lippstadt; die Buch-Nr. 80 722 lautend auf Anton Kasse von der Zahlstelle Greben i. W.

Sterbetafel.

Am 1. April starb unser Kollege Eduard Ruppel im Alter von 17 Jahren an Herzschlag. Zahlstelle Pagen i. W.  
Am 2. April starb nach längerem Leiden an Rückenmarkentzündung unser Kollege Josef Sebot im Alter von 42 Jahren. Verwaltungsstelle Fulda.  
Am 2. April starb unser Kollege Johannes Müller im Alter von 35 Jahren an Herzschlag. Zahlstelle Oliva.  
Ihre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Eine neue Einigungsaktion gescheitert. — Der Kampf im Baugewerbe? — Der Kampf im Baugewerbe und die öffentliche Meinung. — Der Aufmarsch des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. — Erhöhungen der Beiträge. — Protokoll. — Rundschau: Wer verteuert das Bauen? — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Augsburg. Meissen. Breslau. Bruchhausen. Dortmund. Fulda. Galtm. Rapp. Sinfort. Aibor. Marburg. Münster. Mörs. Schneidemühl. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.